

Beschluss des Landrats vom 17.11.2022

Nr. 1833

33. Umfahrungsstrasse Allschwil 2022/158; Protokoll: ama

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Felix Keller (Die Mitte) stellt seinen Ausführungen voran, dass er als Präsident der IG Umfahrungsstrasse Allschwil amte, welche vom viel zu früh verstorbenen Alt-Landratspräsidenten Hanspeter Frey ins Leben gerufen worden war. Weshalb soll seiner Meinung nach der vorliegende Vorstoss als Motion und nicht als Postulat überwiesen werden? Gemäss § 34 lit. d Landratsgesetz kann der Landrat den Regierungsrat mit einer Motion beauftragen, einen Bericht vorzulegen. Demgegenüber heisst ein Postulat, dass ein Anliegen geprüft und darüber berichtet wird. Felix Keller möchte nun nicht einen Bericht des Regierungsrats erhalten, weshalb dieser nicht berichten wolle, sondern er möchte den Regierungsrat verbindlich beauftragen, gemäss den gesetzlichen Vorgaben zu berichten.

Im Jahr 2009 wurde eine Initiative mit dem Ziel lanciert, eine Umfahrung der Gemeinde Allschwil zu realisieren. Die Initiative wurde im März 2015 durch das Baselbieter Stimmvolk an der Urne mit knapp 62 Prozent angenommen. Der Auftrag zur Realisierung der Umfahrungsstrasse ist seither im kantonalen Strassengesetz (SGS 430) verankert. Laut § 43 c Absatz 6 zur Umfahrungsstrasse Allschwil hat der Regierungsrat dem Landrat über die eingeleiteten Schritte und über den Sachstand mindestens halbjährlich Bericht zu erstatten. Eine halbjährliche Berichterstattung wäre laut Felix Keller wohl etwas zu viel des Guten, mittlerweile jedoch gingen bereits sieben Jahre ins Land und es liegt kein einziger Bericht vor. Aus diesem Grund will er an seiner Motion festhalten. Es geht nicht um ein Prüfen und Berichten, sondern um das Vorlegen eines Berichtes gemäss dem obgenannten Strassengesetz.

Unlängst fand die Vernehmlassung zum kantonalen Richtplan statt und dabei wurde aufgezeigt, dass beispielsweise die Querspange Oberwilerstrasse gebaut werden soll. Dies jedoch wird nur funktionieren, wenn auch die Umfahrungsstrasse Allschwil gebaut wird. Allschwil hat seine Hausaufgaben bereits gelöst und die notwendigen Planungen in die Wege geleitet. Der Bericht des Kantons jedoch fehlt seit 2015 und auch die entsprechenden Gelder wurden im Investitionsprogramm nicht eingestellt. Der Motionär bittet seine Ratskolleginnen und -kollegen darum, die vorliegende Motion zu unterstützen, damit das geltende Gesetz gelebt und eingehalten wird.

Lotti Stokar (Grüne) sagt, die Motion sei nicht nötig. Durch einen Artikel der BZ vom 21. Oktober 2022 wurde sie darauf aufmerksam gemacht, dass selbst der Gemeinderat Allschwil hier keine Dringlichkeit erkenne. Sie machte sich daraufhin kundig, wie sich der Einwohnerrat Allschwil zur heute diskutierten Thematik stelle. Der frühere Landrat Matthias Häuptli reichte dort eine Interpellation ein, welche vom Gemeinderat beantwortet wurde. Es ging um die Frage: Wie weiter nach dem Bau des ZUBA (Zubringer Bachgraben)? Sollen wirklich jetzt schon Gelder im AFP mit einem Zeithorizont von vier Jahren eingestellt werden für ein Strassenprojekt, welches vielleicht in zwanzig bis dreissig Jahren oder gar nie umgesetzt wird? Lotti Stokar erachtet den Zeitpunkt für eine Motion als falsch. Die Fraktion der Grünen/EVP würde auch ein Postulat ablehnen, denn es braucht keine zusätzliche Berichterstattung. Die Regierung wird so oder so berichten, wie sie es von Gesetzes wegen ja auch muss. Erst in drei bis vier Jahren wird es klar sein, ob der ZUBA rechtskräftig und finanziert ist. Solange dies nicht klar ist, sind keine Planungsgelder für die Umfahrungsstrasse Allschwil im AFP notwendig.

Andreas Dürr (FDP) findet es interessant, wie die andere Seite mit Gesetzen umgehe. Es erfolgte eine Volksabstimmung und daraufhin wurde ein entsprechender Artikel im Strassengesetz aufgenommen. Bei der verlangten Berichterstattung durch den Regierungsrat handelt es sich also um einen klaren Auftrag. Juristisch gesehen müsste in diesem Zusammenhang sogar von einer Rechtsverweigerungsbeschwerde gesprochen werden. Den jetzigen Zustand bezeichnet Andreas Dürr als absolute Zumutung, denn man kann nicht nach Lust und Laune Gesetze durchsetzen. Jedes Gesetz muss auch umgesetzt werden, alles andere wäre unerhört.

Andreas Bammatter (SP) erklärt, die SP-Fraktion unterstütze die Motion nicht. Einzelne Fraktionsmitglieder könnten sich allenfalls die Überweisung des Vorstosses als Postulat vorstellen. Zur Umsetzung des Gesetzes: Dieses Anliegen hätte bereits unter der Vorgängerin des jetzigen Bau Direktors vorangetrieben werden können. Mit Lotti Stokar geht er insofern einig, dass der Zeitpunkt des vorliegenden Vorstosses falsch gewählt sei. Zuerst muss nun der ZUBA realisiert werden. Einige Mitglieder der SP-Fraktion würden also den Vorstoss als Postulat unterstützen, andere werden sich der Stimme enthalten.

Florian Spiegel (SVP) schliesst sich seitens SVP-Fraktion Felix Kellers Ausführungen an und unterstützt die Motion. Nach der deutlichen Volksabstimmung vor bereits längerer Zeit ist auch die SVP der Meinung, dass es nun in dieser Sache vorwärtsgehen müsse.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) mahnt, wer den ZUBA voranbringen wolle, solle nicht noch mehr Berichte fordern. Der ZUBA ist notwendig und soll nun endlich realisiert werden! Der Regierungsrat setzt alles daran, das entsprechende Projekt unter Berücksichtigung sämtlicher Verkehrsarten voranzubringen. Angesichts der schwierigen Diskussionen in diesem Zusammenhang ruft Isaac Reber dazu auf, vorsichtig und bedacht zu agieren und zu nicht übertreiben, sonst stürze der Zubringer ab. Es gilt in diesem Zusammenhang nach wie vor, wichtige Fragen mit Basel-Stadt zu klären und das Projekt auch beim Bund durchzubekommen.

Zum Strassengesetz: Von den 7 Jahren, seit der genannte § 34 aufgenommen wurde, gehen weniger als die Hälfte auf die Kappe von Isaac Reber. Eine halbjährliche Berichterstattung durch den Regierungsrat empfinde er selbst nicht nur als übertrieben, sondern als Fehler. Eher wären die Verwaltung und die Regierung in der Lage, halbjährlich zu berichten, als dass der Landrat dies verarbeiten könnte. Eine halbjährliche Berichtserstattung erscheint für ein Parlament mit den entsprechenden Abläufen nicht zielführend, auch wenn dies so im Gesetz steht. Die bisher fehlende Berichterstattung als Rechtsverweigerung zu bezeichnen, betrachtet der Regierungsrat als radikal. Noch einmal betont Isaac Reber: Der Zubringer solle nun wirklich vorgebracht werden. Die laufenden Diskussionen um die Umfahrung Allschwil würden jedoch den Bogen überspannen und das ZUBA-Projekt letztlich zum Absturz bringen. Aus diesem Grund erachtet der Regierungsrat die vorliegende Motion als gefährlich. Trotzdem wird er das Thema Umfahrungsstrasse Allschwil im Auge behalten. Der aktuelle Vorstoss soll daher als Postulat überwiesen werden. Der Regierungsrat wird das Anliegen auf jeden Fall prüfen und darüber berichten.

Felix Keller (Die Mitte) dankt für die nachvollziehbaren Ausführungen des Regierungsrats. Es sei sympathisch, dass die Prioritäten beim ZUBA gesetzt würden. Ihm selbst geht es aber darum, dass das mehrfach genannte Gesetz auch gelebt wird und nach sieben Jahren nun auch einmal ein Bericht erstellt wird. Felix Keller möchte nicht bis zur Inbetriebnahme des ZUBA warten und sich erst dann Gedanken über das weitere Vorgehen machen.

Marco Agostini (Grüne) ist der Ansicht, dass Felix Keller zu Recht einen Bericht verlange. In seinem Vorstoss jedoch fordert er, das Projekt Umfahrungsstrasse Allschwil in den Aufgaben- und Finanzplan aufzunehmen und die erforderlichen Planungsschritte unverzüglich in die Wege zu

leiten. Über die eingeleiteten Schritte sei dem Landrat zeitnah Bericht zu erstatten. Je mehr aber nun in den AFP gepackt werde, desto weniger wahrscheinlich werde der ZUBA je umgesetzt, was Marco Agostini persönlich nur recht wäre. Er selbst lehnt die Überweisung des Anliegens als Motion ab, unterstützt jedoch ein Postulat und damit das zeitnahe Erstellen des verlangten Berichts.

Gemäss Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) hält der Motionär an seiner Motion fest.

://: Mit 43:42 Stimmen wird die Motion überwiesen.
